

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXIV.

Leipzig, Sonnabend den 28. März 1896.

№ 37.

Bekanntmachung.

Die von dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes Leipzig zur Verhütung eines Buchdruckerstreiks ausgeschriebene Wahl hat zufolge der in der Sitzung des Einigungsamtes am 26. März 1896 bewirkten Feststellung folgendes Ergebnis gehabt.

Bis zum Ablaufe der festgesetzten Frist sind aus allen neun Wahlkreisen insgesamt 23032 Stimmzettel eingegangen. Gewählt sind:	
a) als Bevollmächtigte der Gehilfen zu den auf den 15. April 1896 in Leipzig anberaumten Verhandlungen des Tarifausschusses für den I. Wahlkr. der Schrift.	b) als deren Stellvertreter
I. Wahlkr. der Schrift. Georg Klapproth in Hannover mit 2781 St.	I. Wahlkreis der Buchdr. A. Demuth in Hamburg mit 2779 St.
II. " " " G. Bettenworth in Essen " 2126 "	II. " " " G. A. Hohns in Krefeld " 2121 "
III. " " " Karl Dominé in Frankfurt a. M. " 1290 "	III. " " Schrift. Phil. Haas in Mainz " 639 "
IV. " " " Karl Knie in Stuttgart " 2212 "	IV. " " " Konr. Wendler in Stuttgart " 2212 "
V. " " " Ludw. Herhäuser in München " 2090 "	V. " " " Jos. Seitz in München " 2099 "
VI. " " " Albert Raß in Halle a. S. " 1666 "	VI. " " " Otto Martin in Halle a. S. " 1662 "
VII. " " " Otto Niedel in Leipzig " 3897 "	VII. " " Redakteur Arthur Gersch in Leipzig " 3897 "
VIII. " " " E. S. Giesecke in Berlin " 4211 "	VIII. " " Schrift. A. Wachs in Berlin " 4193 "
IX. " " " Hermann Schlag in Breslau " 1889 "	IX. " " " Karl Helle in Breslau " 1759 "

Leipzig, am 26. März 1896.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichtes der Stadt Leipzig.

Büttner, Vorsitzender.

Julius Neppenhagen, Sattlerobermeister; R. Th. Schulze, Fuhrwerksbesitzer; Karl Kleine, Schneidergehilfe; Georg Finster, Malergehilfe; Reiffner, Gerichtsschreiber.

„Geschäftsstützen“.

Als die jetzige Tarifrevision in die Wege geleitet wurde, trat in verschiedenen Betrieben eine eigentümliche, wenn auch keineswegs neue Erscheinung zu Tage. Hier und da hatten die „Geschäftsstützen“ wohl geglaubt, es würde schon am nächsten Tage „zum Klappen“ kommen und in dieser festen Voraussicht gingen sie ihrem Herrn sofort mit guten Ratschlägen zur Hand. Ja, dachten sie, jetzt ist die Zeit da, unsre Stellung zu befestigen, jetzt können wir zeigen, daß wir in der That die getreuen Knechte sind, die wir sonst schmeinen. Vorläufig aber war der Eifer etwas verfrüht und Anton konnte den Degen wieder einstecken.

Das war wirklich ein erhebendes Schauspiel! Erst feinen „geehrten Herren Mitarbeitern“ ob der geplanten Verbesserungen Glück wünschen und enthusiastisch bestimmen und hinterher dem „allzuberehrenden Herrn Chef“ Ratschläge erteilen, wie er die „von sozialdemokratischen Agitatoren“ verführten armen Gehilfen hinausbugtieren und Ersatz herbeischaffen könne!

Und der „Herr Chef“? Nur zu gern leiht er diesen Schmeichlern ein williges Ohr, sieht er in ihnen — gestern war er vielleicht noch gegenständlicher Meinung! — diejenigen, die sein Geschäft erhalten.

Was ist's nun aber, was die beregten „Stützen“ zu ihrer hinterlistigen Handlungsweise drängt? Das Geschäftinteresse? Natürlich! Tiefstes, uneigennützigstes Geschäftinteresse! Was sollte sie sonst bewegen können, an ihren Kollegen zum Verräter zu werden? Und der „Herr Chef“ gibt sich den Schein, als glaube er ernstlich an die Echtheit ihrer Gefühle. Leichtgläubiger: Wiege dich nur zu deinem Schaden und unendlichem Aerger in dieser Ueberzeugung!

In Wahrheit ergreifen die Herren Schmeichler die Gelegenheit gern, um ihre im Laufe der Jahre zumeist etwas locker gewordenen Positionen zu befestigen und wieder einmal einen kleinen Judaslohn einzuheimen. So schaffen sich diese Deutschen

— Gehaltsaufbesserung! Oder irren wir? Ist's doch nur Geschäftsinteresse? Hat man nun zufällig jemand unter dem Personale, dem man nicht besonders „grün“ ist, dann ist man ja gerade gezwungen, das Kriegsbeil auszugraben. Nicht selten ist es neben der genannten Triebfeder nur persönlicher Haß, der diese Herren den Spieß gegen ihren eignen Stand wenden läßt.

Uns wurde noch versichert, daß sich verschiedene dieser unserer unnatürlichen Gegner schon auf die vielen schönen Ueberstunden gefreut hätten, die sie machen durften, wenns „zum Klappen“ gekommen wäre!

Jahre sind ins Land gezogen, seit die Speichel-lecker Gelegenheit fanden, sich in ihrer ganzen Glorie zu zeigen; ist's da ein Wunder, wenn auch sie sich sehnten, ihr Schmarohptalent zu zeigen? Sie sind wie der geriebene Advokat in einem Prozesse: Verläuft die Bewegung zu Gunsten der Gehilfen, werden sie schwerlich die Errungenschaften zurückweisen. Erreichen die Gehilfen nichts, dann erhalten sie ja vorausichtlich ihren Judaslohn, machen also ohne Gefahr auf alle Fälle „ä feines Geschäft“ und bleiben die Getreuen.

Nun noch einen Blick auf die ehrbaren Geschäftsstützen unter sich: Sie, die sich sonst wie Raß und Hund aus dem Wege gehen und sich gegenseitig offen und versteckt ungeheures — Mißtrauen bezeigen, sieht man in traulichem Bunde beieinander. Liebliches Bild, wie bald wirst du entschwinden!

Auch sah man fast täglich Deutschen mit Zeitungsausschnitten — Streiknachrichten — zum „Herrn Chef“ wandern, die früher alle Jubeljahre einmal diesen Gang nach dem Eisenhammer wagten oder zu machen hatten.

Lassen wir sie gewähren, diese menschenfreundlichen, so fürchtbar uneigennütigen und opferfreudigen Herren und stören wir sie nicht in ihrem ehrsamem Handwerk; die Nemesis erreicht diese käuflichen Seelen früher oder später, so oder so. Suchen wir dagegen unsere Prinzipale für unsere Bedürfnisse und Wünsche zu erwärmen. +

Der Kolportagebuchhandel im Reichstag.

Die Beschränkung des Kolportagebuchhandels hand dieser Tage zur zweiten Beratung im Reichstage. Schon zu § 44 der Gewerbeordnung lag ein Antrag vor, wonach das Aufsuchen von Bestellungen von Waren nur bei solchen Personen geschehen dürfe, in deren Gewerbebetriebe Waren der angebotenen Art Verwendung fänden. Doch nahm man hier Druckschriften und Bildwerke aus.

Das Hauptaugenmerk des Buchhandels und aller daran interessierten Kreise richtete sich jedoch auf einen Zusatzantrag zum § 56 der Gewerbeordnung. Danach sollen Druckschriften vom Heftbieten im Umherziehen ausgeschlossen sein nicht bloß insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu geben geeignet sind oder wenn sie mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden, sondern auch, wenn sie in Ueferungen erscheinen, wenn nicht der Verkaufspreis auf jeder einzelnen Ueferung an einer in die Augen fallenden Stelle bestimmt verzeichnet ist. Die kaufschularartige Dehnbarkeit dieses Antrages, der, zum Gesetz erhoben, den Kolportagebetrieb einer jeden nicht ganz harmlosen Druckschrift in das Weiteben der Behörden stellt, rief denn auch die Freunde des freien Meinungs-austausches auf den Plan.

Die freisinnigen Abgeordneten Schmieder u. Gen. wollten den Antrag ganz gestrichen haben. Abgeordneter v. Strom bed wies darauf, daß ein kattpolischer Kalendar von Hausverbetriebe ausgeschlossen sei, weil er eine politische Kritik enthalten habe. Redner hielt das nicht für richtig, denn nur bei sittlichem und religiösem Anstoße könne der Ausschluß erfolgen.

Staatssekretär v. Bötticher erklärte: Nur Schriften, die sittliches und religiöses Aergernis erregen, seien von der Kolportage ausgeschlossen; erregten sie politisches Aergernis, so könnten sie nicht verboten werden, es sei denn, daß sittliches und religiöses Aergernis damit verknüpft sei.

Abg. Wundel (frei. Bp.) führte aus: Ich bin von tiefer Befriedigung erfüllt über die Erklärung des Herrn v. Bötticher wegen des Betriebes der politischen Druckschriften. Seine Antwort war sehr richtig vom Standpunkte der bestehenden Gesetzgebung. Aber diese Befriedigung hörte sehr bald auf, denn Herr v. Bötticher meinte, daß politische Dinge, die zugleich sittlich anstößig sind, von der Kolportage ausgeschlossen werden könnten. Konservativere fromme Druckschriften werden unbehelligt bleiben, aber „sogenannte“ konservative Druckschriften, in denen etwas Staatsgefährliches, Gemeingefährliches vorkommt, die werden schon nicht unbehelligt bleiben. Unter Herrn v. Stumm's Herrschaft werden alle sozialistisch angehauchten Dinge verächtigt werden. Die Hausverbetriebe prüfte man bisher nur auf ihre Religiosität und Sittlichkeit; an sie werden höhere sittliche und religiöse An-

forderungen gestellt, als an die Verleger. Es kann manches verlegt und in Buchläden verkauft werden, was der Hausierer nicht verkaufen darf. 1886 wurde die Verbreitung von Druckschriften über das Unglück in Bayern nicht gestattet, weil vielleicht dadurch die Sitte hätte verlegt werden können. Eine Polizeibehörde hatte auf das Druckschriftenverzeichnis des Hausierers geachtet: Die Preise sind für die heftigen Verhältnisse zu teuer. (Weiter.) Das war sehr richtig! Denn die Sittlichkeit der Einwohner hätte gefährdet werden können, wenn sie beim Ankauf von Schriften über ihren Etat hinausgegangen wären. (Weiter.) Die Schauerromane, wie die Memoren des Scharfrichters Kraus usw., verstoßen gegen den guten Geschmack, aber gegen die Sitte und Religion verstoßen sie nicht. Man muß sich nicht auf den exaltierten Standpunkt stellen, sondern auf den Geschmack des Volkes, für welches schließlich ein Schauerroman noch besser ist als Wirtshausbesuch und Spiel. Das Druckschriftenverzeichnis wird von der Polizei geprüft und gestempelt, aber es schützt den Hausierer nicht, wenn vielleicht ein anstößiges Buch irrtümlich in das Verzeichnis gekommen ist. Statt die Beschränkung der Druckschriften-Kolportage zu beseitigen, bringt die Vorlage eine neue Einschränkung; es soll die Zahl der Lieferungen und der Gesamtpreis auf den einzelnen Lieferungen eines Werkes angegeben werden. Wie kann man denn genau wissen, z. B. bei einem Konversationslexikon, ob die Wissenschaft gerade mit dem sechzehnten Band aufhört wird? Wir wollen Beschränkungen aufheben, die keinen vernünftigen Sinn mehr haben.

Abg. v. Wolszlegler (Wienburg (Vole)) erklärt sich ebenfalls gegen die Beschränkung der Kolportage.

Abg. Diez (Soz.): Die Kolportage mit Schundromanen macht kaum den zehnten Teil von dem aus, was die Kolportage unter das Publikum bringen. Mißstände sind auf diesem Gebiete fast gar nicht hervorgetreten, denn wir haben ja das Strafgesetzbuch, das mit dem Gesetz erfüllt ist, der auch den Artikel 12 diktirt hat. Ich habe die in Berlin befindlichen Kolportage-Buchhandlungen besucht und mir ein Verzeichnis der dort vertriebenen Sachen anfertigen lassen. Aus diesem Verzeichnis geht hervor, daß alle Vorwürfe, die man dem Kolportage-Buchhandel gemacht hat, im wesentlichen unbegründet sind. Es befindet sich u. a. unter diesen Drucken: Marquardts, Staatsrecht, Kintelen, Zivilprozess usw., also Werke, die hier im Reichstage sitzen und zum Danke dafür will man die Kolportage-Buchhandlungen brotlos machen. Die Lieferungswerke können nicht anders als durch die Kolportage unter das Publikum gebracht werden. Auch viele Sortimente haben schon angefangen, kolportieren zu lassen. Das würde diese Bestimmung unmöglich machen. Sie schädigen damit den Mittelstand, indem Sie eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Verleger verhindern, an der Produktion teil zu nehmen. Auch auf die Schriftsteller, die eigentlichen Produzenten, ist Rücksicht zu nehmen, welche nicht nur auf Kommando der großen Firmen schreiben, sondern ihrer eignen Meinung Ausdruck geben wollen. Fast drei Viertel der gesamten Buchdruckerpreise wird auf Kolportage betrieben, diese Bestimmungen vernichten aber das lokale Geschäft.

All diese überzeugenden Ausführungen haben die Annahme des Antrages nicht verhindern können, jedoch besteht die Aussicht, ihn unter Umständen noch in dritter Lesung zu verbessern. Gegen sein ursprüngliches Aussehen hat er ja schon an Milde gewonnen. Erst in letzter Behandlung wurde aus ihm die Bestimmung, daß auf jeder einzelnen Lieferung die Zahl derselben anzubringen sei, fallen gelassen und dadurch besonders ein Hemmschuh für die Kolportage wissenschaftlicher Werke, deren Umfang sich in voraus schwer bestimmen läßt, beseitigt.

Für die Beschäftigten des Buchdruckerwesens dürfte aber auch die jetzt angenommene Bestimmung beträchtliche Nachteile mit sich bringen, deren besondere Hervorhebung im Reichstage wir vermessen.

Korrespondenzen.

O.-V. A. **Uolds.** In der letzten Versammlung stand als Hauptpunkt „die verfrachtete Kommission in Leipzig und die anzutretende Tarifgemeinschaft“ auf der Tagesordnung und es wurde nach ziemlich erregter Debatte folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung spricht ihre Enttäuschung über das Resultat der Leipziger Verhandlungen aus und ist der Ueberzeugung, daß die Prinzipale bei einigermaßen gutem Willen schon dort sich für die Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit aussprechen konnten. Die Gehilfen können in der Leipziger Resolution nur eine Verschleppung seitens der Prinzipale erblicken. Die Versammlung erkennt aber an, daß die Vertreter der Gehilfenschaft nach Lage der Sache nicht anders handeln konnten, spricht jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß die Gehilfenmitglieder der am 15. April zusammentretenden Tarifkommission nur auf der Grundlage der vorherigen Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit und entsprechender Erhöhung der Grundpositionen sich an der Weiterberatung des Tarifs beteiligen.“ — Im vergangenen Jahre wurden hier 14 Versammlungen abgehalten, deren Besuch manchmal zu wünschen übrig ließ. Der höchste Mitgliederanfang war 25, der niedrigste 19. An Erträumterhöhung wurden 20,80 Mk. ausgezahlt. Für den Corr., welcher hier obligatorisch eingeführt ist, wurden 98,91 verausgabt. Die Einnahmen betragen ins-

gesamt 1414,90 Mk., Ausgaben dagegen 88,35 Mk., so daß nach Wetmar 1326,55 Mk. abgeandt werden konnten.

Augsburg. In der am 21. März abgehaltenen Mitgliedschaftsversammlung, die sich in ihrem ersten Tagesordnungspunkte mit dem Leipziger Verhandlungen beschäftigte, wurde dem Verhalten der Gehilfenvertreter begünstigt, obwohl man über das Ergebnis allgemein enttäuschter Hoffnung war. Der Wunsch der Versammelten ging dahin, daß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen eine Verständigung erzielt werden möge, jedoch nur auf Grund der neunstündigen Arbeitszeit. Der Vorsitzende berichtete des weitern über die Unterredung mit einigen Prinzipalpalen betreffs ihrer Stellung zur Schaffung von Vereinbarungen zwischen ihnen und der Gehilfenschaft. Der zweite Punkt der Tagesordnung erforderte sich auf Erörterung der Anträge zum Gautage, wobei die bereits gewählten Delegierten ihre Stellungnahme präzisirten.

Deffau. Am 18. März tagte hier wiederum eine von über 80 Personen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Fast sämtliche Nichtmitglieder waren erschienen. Kollege Birschy aus Halle entlegte sich seines vorzüglichen Referates in ausgezeichneter Weise, so daß am Schlusse desselben nach seinen eindringlichen Ermahnungen an die Nichtmitglieder mehrere derselben sich unserer Organisation angeschlossen. Von der Versammlung wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Gehilfenvertreter des Kreises VI wird von der heutigen allgemeinen Versammlung der Deffauer Buchdrucker (Verbands- und Nichtverbandsgehilfen) beauftragt, dahin zu streben, daß als Hauptforderung an einer Verkürzung der Arbeitszeit (neunstündige) unbedingt festgehalten wird. Als weitere Forderungen gelten: 1. Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs um 15 Proz. und 5 Proz. für Gehilfslohn; 2. vollste Koalitionsfreiheit und 3. Einhaltung der Lehrlingskala.“

Tortmund. Die am 21. d. M. abgehaltene allgemeine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, welche von 60 Personen besucht war, sprach ihr Bedauern darüber aus, daß in der am 11. März in Leipzig stattgehabten Tarifverhandlung ein so wenig günstiger Erfolg zu verzeichnen war. Nach dem beifällig aufgenommenen Referate des Gauvorsichters Kollegen Brauch erklärte sich die Versammlung jedoch mit den erfolgten Vereinbarungen einverstanden und stimmte der aus der Mitte der Versammlung eingebrachten Resolution mit folgendem Zusätze zu: „Sollten die Forderungen der Gehilfen seitens der Prinzipale nicht anerkannt werden, so findet die Tarifgemeinschaft die vollständige Verwerfung seitens der Gehilfen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

H-l. **Stensburg, 22. März.** In der gestrigen Versammlung des hiesigen Ortsvereins ging aus der Debatte über den Stand der gegenwärtigen Tarifbewegung die einstimmige Annahme folgender Resolution hervor: „Die Versammlung gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die zwischen Prinzipalpalen und Gehilfen in Leipzig gepflogenen Unterhandlungen ein so minimales Resultat erzeugt haben. Die Versammlung erwartet von der jetzt zusammentretenden Tarifkommission die Erfüllung ihrer Forderung: Neunstündige Arbeitszeit mit dementsprechender Erhöhung der Grundpositionen sowie Erhöhung des Minimums um 5 Proz. und beauftragt das Bureau, einen bezüglichen Antrag bei dem Einigungsamt in Leipzig einzureichen.“ — Es wurde hervorgehoben, daß an dem Ausfalle der verflochtenen Verhandlungen den Vertretern der Gehilfenschaft eine Schuld in keiner Weise beigemessen sei. Der Ortsbeitrag wurde, um die Kasse in bessern Stand zu setzen, um ein geringes erhöht.

K-n. **Oegen.** In der am 14. März abgehaltenen, gut besuchten allgemeinen Versammlung gab die Tarifkommission zunächst Bericht von ihrer bisherigen Thätigkeit und verlas die Antwortschreiben der Prinzipale (süß haben ihre Antwort schriftlich eingereicht; zwei mündliche Erklärungen abgegeben). Ein Teil der hiesigen Prinzipale steht unseren Forderungen sympathisch gegenüber, während ein Prinzipal, in dessen Druckeri noch die 10 1/2 stündige Arbeitszeit besteht und Löhne von 18 bis 20 Mk. bezahlt werden, erklärte: Er bewilligt nichts; wir sollten erst dafür sorgen, daß die Schmutzkonkurrenz hierorts aufhöre. In dieser Beziehung müßte er aber bei sich zuerst anfangen, denn er erbot sich beispielsweise, eine hiesige größere Zeitung um 5200 Mk. jährlich billiger herzustellen als der bisherige Drucker. Schließlich erklärte sich die Versammlung aus taktischen Gründen für die Leipziger Resolution. — Ferner kam der Streit in der fußballspielenden Druckeri zur Sprache. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorzogen der Kollegen und der Unterstützung derselben einverstanden, da sie als ein Opfer der jetzigen allgemeinen Bewegung auszuweisen seien. Nach einem Appell an sämtliche Kollegen, mehr mit den anderen Arbeitern Fühlung zu nehmen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

C. W. **Gerburg, 21. März.** Die heutige, von sämtlichen am Ort anwesenden Mitgliedern besuchte Versammlung nahm nach einem kurzen Referate des Kollegen Demuth Hamburg nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung bedauert, daß zur Einführung des Tarifs ein so später Termin festgesetzt wurde, erwartet jedoch, daß die Gehilfenvertreter an der Forderung neunstündiger Arbeitszeit festhalten.“ Ferner wurde noch der Wunsch laut, daß auch der Votanzuschlag für Gerburg in entsprechender Weise erhöht werden möchte, da die Gerburger Verhältnisse betr. des Lebensunterhaltes den Hamburger vollständig gleichkommen.

Kaiserslautern, 22. März. Die heute morgen abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches. Der Referent Kollege Benzel führte in zündenden Worten den Erschienenen den Gang der jetzigen Tarifbewegung vor Augen. Er bedauerte das Resultat, welches am 11. März zu Tage trat, legte jedoch der Versammlung ans Herz, mit demselben des Friedens halber einverstanden zu sein. Die Versammlung, bestehend aus 27 Mitgliedern und 17 Nichtmitgliedern, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung stimmt der Leipziger Resolution, wenn sie auch die Verschleppung der Verhandlungen bedauern muß, zu und hofft, daß die gemachte Anregung auf Abänderung der bestehenden Mißstände im Gewerbe, sowie das immer mehr in den Vordergrund tretende Bedürfnis der Verkürzung der Arbeitszeit und einer Erhöhung der Grundpositionen bei einigem guten Willen der Prinzipalpalen und energischer Forderung der Gehilfen bzw. deren Vertreter zur baldigen Durchführung gelangen werde. Die Versammlung spricht gleichzeitig den Wunsch aus, daß die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen sich demselben baldigst anschließen, um dadurch nach Kräften beizutragen, das gesuchte Ziel zu erreichen.“

Mühlhausen i. E., 22. März. Die seitens der hiesigen Gehilfen an die Prinzipalpalen gestellten Forderungen: Einführung des Neunstundentages und 5 Proz. Lohnerhöhung, wurden bisher seitens der Firma Benz & Peters ganz, dagegen von der Firma Kraurath nur bedingungsweise bewilligt. In der gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, von über 50 Buchdruckern Mühlhausens besuchte Versammlung nimmt mit Bedauern von dem ablehnenden Bescheide eines Teiles der hiesigen Prinzipalpalen auf die an sie gerichtete Bitte Kenntnis, hält aber an ihren bereits gestellten Forderungen fest und erwartet bestimmte Antwort bis zum 25. d. M. Nach Ablauf dieser Frist ist die heutige Versammlung fest entschlossen, bei einer etwaigen Ablehnung beflagter Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für dieselben einzutreten.“ (Die Kollegen traten am Donnerstag in den Ausstand. C. Verbandsnachr.)

Bremen, 22. März. So wichtig die Tagesordnung war, so wichtig war der Besuch der heutigen Bezirks-Versammlung. Ueber das Verdecktwerden entspann sich auch heute wiederum eine lebhafteste Debatte; sämtliche Redner stimmten darin überein, daß es unsittlich sei und beseitigt werden müsse. Die Verfolgung dieses Mißstandes wurde dem Vorstand aufgetragen. — Dem am Orte stehenden Stuhlarbeitern wurden durch den Vorstand 50 Mk. überwiesen, ferner dem Gewerkschafts-Kartelle die Summe von 200 Mk. zu gleichartigen Zwecken. Die Versammlung stimmte den Maßnahmen zu. Die Kartellvertreter wurden beauftragt, in Zukunft über betrügerische Streits in den Bezirksversammlungen zu berichten. Bis zur Abhaltung der Versammlung war nicht eine Drucker Bremens in den Besitz der Stimmzettel zur Tarifvertreterwahl gelangt. Ob daran das Einigungsamt in Leipzig die Schuld trage, das wußte man nicht. Einzelne Druckererei hatte jedoch der Gutenberg-Bund mit Zirkularen bedacht, die entrüftet zurückgewiesen wurden. Zum Schluß erging noch an die Mitglieder die Aufforderung, bei der demnächst stattfindenden Generalversammlung der Ortskrankenkasse am Plage zu sein.

-dt. **Frankfurt a. M., 24. März.** Die am 21. d. M. abgehaltene Bezirksversammlung wurde vom Vorsitzenden mit der erfreulichen Mitteilung eröffnet, daß seit Januar vierzig Neuaufnahmen zu verzeichnen wären. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden infolge eines gestellten Dringlichkeitsantrages den streifenden Kottbuser Zeitlärtern 20 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt. Der Vorsitzende macht hierauf auf den Herrn d. J. stattfindenden Gautag aufmerksam und ersucht die Mitglieder, durch ihren Besuch den Beratungen Interesse entgegen zu bringen. Bei Beratung der Anträge zum Gautage wurde dem Antrag, Offenbach zum Bezirk zu erheben, allgemein zugestimmt. Der Antrag auf Abänderung des Gausreglements, alle Jahre Gauvorstandswahlen vorzunehmen, aber die Gautage aller drei Jahre zu belassen, regte eine lebhafteste Debatte an, fand aber ebenso wie ein Vermittlungsantrag aus der Versammlung, aller zwei Jahre Gautag und Neuwahl des Vorstandes, keine Sympathie und wurde infolgedessen abgelehnt. Der Antrag betr. Verteilung der Remuneration, Bezirkskasse 1 1/2 Proz. und Gaukasse 1/2 Proz., fand Zustimmung, ebenso die Erhöhung des Gauzuschusses von 1 Mk. auf 3 Mk. Dieser Antrag ist von den kleineren Bezirken nicht unterstützt worden, es fand daher die Anhebung, Frankfurt ev. zum selbständigen Gau zu machen, falls uns diese kleineren Bezirke fortgesetzt hemmend in den Weg treten würden, lebhaften Beifall. Der Antrag Gieshen, Fulda dem Bezirke Frankfurt zu übertragen, fand keine Anhänger, da auch für hier die ungünstige geographische Lage in Betracht kommt; von einer Beschlußfassung wurde jedoch abgesehen. Zum Schlusse drückten noch verschiedene Redner ihre Unzufriedenheit über das unregelmäßige Eintreffen des Corr. aus, hierin soll der Gautag, und falls dieser die Obligatorisierung für den Gau ablehnt, Frankfurt selbst für die Folge Abhilfe schaffen. (Das Zeitungspaket geht regelmäßig am Tage vor dem Erscheinungstage des Corr. mittags hier ab. Eine frühere Expedierung ist ebenso unbedenkbar als wir für eine prompte Beförderung durch die Post garantieren können. Red.)

Leipzig. In der am 20. März abgehaltenen Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen teilte der Vorsitzende Kollege Nibel mit, daß in den letzten drei Wochen fünfzig Aufnahmen stattfanden; auch hatten einige Mitglieder der Zweiten Klasse angefragt, ob sie bei event. Eintritt in unsern Verein eine Vergünstigung haben, welchem Ansuchen nur dann stattgegeben werden könne, wenn eine größere Anzahl Mitglieder der Zweiten Klasse in unsern Verein zu treten willens sei. Weiter stellt der Vorsitzende die Frage, ob es nicht rätlich sei, an die Innung der Leipziger Buchdruckermeister das Ersuchen zu richten, den Corr. wieder ungehindert in die Druckereln bringen zu lassen, sowie die Einfassung unserer Vereinsbeiträge zu gestatten. Die Versammlung erteilte nach kurzer Debatte, in welcher der Vorschlag begrüßt wurde, einstimmig dem Vorstande den Auftrag, ein derartiges Gesuch bei den Prinzipalen einzureichen. Bei der Aufstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl entspann sich eine Debatte darüber, ob es nicht möglich sei, eine Entlastung des Vorstandes durch Befolgung des Vorsitzenden herbeizuführen. Kollege Nibel erklärte, die heutige Versammlung könne sich über die weitgehende Frage nur akademisch unterhalten; er persönlich sei gegen eine Befolgung des Vorsitzenden. Auch ein weiterer Vorschlag, einen Tarifausschuß einzurichten, wird von der Versammlung nicht unterstützt. Hierauf wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Nibel, Vorsitzender, Kaffierer; zu weiteren Vorstandsmitgliedern: Benedikt, Dietrich, Dombardt, Eichelbaum, Eichler, Fuchs, Fuhr, Heer, Herzog, Knoll, Köblich, May, Müllers, Schulz, Schumann und Reumer.

Saulgau. In dem Ueberblick über die Buchdruckerhältnisse Württembergs vermiften wir zu unserm Bedauern die Firma Otto Bachmann, füttil. hochgenoll. Hofdrucker in Saulgau. Die Druckerlei bietet beim Eintritt einen menagierähnlichen Anblick, wie Loggarden und Tiger wandeln die Sezer hinter der vergitterten Abteilung einher. Ein „angenehmes“ Gefühl durchdringt jeden fremden Künstler, wenn er am ersten Tage gewahrt wird, daß er nach der Fabrikordnung elf volle Stunden am Maschinen ausarbeiten muß, in denen er sich kaum erlauben darf, seinen Imbiß zu sich zu nehmen. Trotz der üblen Atmosphäre ist es seinem Kollegen gegönnt, sein bis zur Hälfte „angesträndertes“ Fenster auf kurze Zeit zu öffnen, da dieselben von dem Herrn Prinzipal einfach „zugemagelt“ wurden. Durch den über großen Personalwechsel kann von einer technischen Ordnung in der Dfizin absolut keine Rede sein. Beschäftigt werden hier auch Gehilfen. — Nicht ganz unberührt werden hier bei dieser Gelegenheit auch die Druckerlei des Amtsblattes (Gebr. Edel) lassen. Dort herrschen unbeschreibliche Zustände, was schon daraus hervorleuchtet, daß perbetratete Gehilfen sich mit einem Wochenlohn von 10 M. begnügen. — In den letzten Tagen wurde ein hiesiger Kollege gemagtregelt, weil er die Mäßigkeit besaß, von den Prinzipalen die Ausshändigung der Stimmzettel zur Tarifvertreterwahl zu verlangen. Der daraus entstehenden Folgen wegen bitten wir, Zuzug fernzuhalten.

Kundschau.

Buchdruckerlei und Verwandtes.
Die Tarifvertreterwahl ist beendet. Ihr Ausfall kann die zielbewusste Gehilfenschaft nur betrubigen. Ueber ihr Gelingen besteht unbeschadet der zahlreichen Reklamationen wegen mangelhafter Verteilung der Stimmzettel kein Zweifel. Noch keine Wahl von Gehilfenvertretern erfreute sich einer solch großen Beteiligung als die diesmalige. Mehr als die doppelte Anzahl der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen wurden diesmal in die Urne geworfen: 23000 gegen 11000 im Jahr 1890. Das Verhältnis der jetzigen Beteiligung an der Wahl ist gegen das bei allen früheren diesbezüglichen Wahlen ungewöhnlich günstig. Dabei sei noch der kurze Termin in Rücksicht gezogen sowie die tatsächliche Ausschließung vieler Gehilfen von der Wahl, weil sie keine Zettel erhielten. Ebenso wie die Durchführung der Wahl gelungen ist, sind auch ihre Resultate erfreulich. Die Verbandsstandbilder sind glatt durchgegangen. Wo der sogenannte Guttenberg-Bund in die Mitbewerbung trat, im 1. und 5. Kreis, ist er greulich aufs Haupt geschlagen. Von 3034 Stimmen im 1. Kreise trugen die Herren Ernst und Burow ganze 219 von bannen und ihre Durchfallsgenossen in Bayern, Gerders und Simber, angelen von 2260 sage und schreibe 155. Die Niederlage dieser Gegenkandidaturen beleuchtet auch hell die Berechtigungslosigkeit einer gemischten Gehilfenvertretung, wie sie gewünscht wurde. Von vorstehenden 5204 Stimmen erzielten die Verbandsantiboden 374 = 1/14, die übrigen Gehilfen teilen die Dentweise der organisierten Kollegen, denn niemand wird behaupten wollen, es hätten bloß Verbandsmitglieder gestimmt, sind doch allein 3000 Stimmen mehr abgegeben als der Verband Mitglieder zählt. Es wäre doch bei so offen zu Tage liegender Uebereinstimmung der Nichtverbandsmitglieder mit den Bestrebungen des Verbandes ganz sonderbar, zwei Kategorien von Gehilfenvertretern schaffen zu wollen. Und dem vierzehnten Teil, dessen Interessen in anderer Richtung liegen, von neun Gehilfenvertretern vier einzuräumen, daß noch weniger Berechtigung; bei all unfruchtbarer Sympathie für das proportionale Stimmrecht geraten wir in Verlegenheit, wie ein Viertelteil von neun zu repräsentieren wäre? Lassen wir also in Zukunft den Sezer bei seite! Sonst ist noch zu erwähnen, daß die Vertreter mit erdrückender Mehrheit gewählt wurden,

die sächsischen fast einstimmig. Kollege Dorsch-Frankfurt erhielt als Stellvertreter 5 Stimmen weniger als Kollege Haas in Mainz, der ohne Antündigung im Corr. kandidierte. Die gewählten Vertreter soll unser Wunsch auf den Weg begleiten, daß es ihnen gelingen möge, die auf den 15. April gesetzten Hoffnungen der Gehilfen wahr zu machen.

Die Haltung der führenden Personen des G.-V. bei der jetzigen Tarifvertreterwahl ist zu bezeichnend, als daß wir nicht nochmals darauf zurückkommen sollten. Die guten Leuten haben da eine Glanzleistung von Widerprüchen — wie wir uns gefund auszudrücken wollen — vollbracht, die zu ihrer eignen Kennzeichnung als wie zu Ruh und Frommen ihrer naiven Getreuen der nachdrücklichsten Anmahlung bedarf. Wir erinnern zunächst an die Haltung des Zyp., der vor Entrüstung schier brannte, daß die Verbandsführer um des Ruhmes willen, die alleinigen Gehilfenvertreter zu sein, den großen Vorteil der sofortigen Tarifberatung fahren liebten“, also nicht streiften. Mit dem steht im direkten Widerspruch, was in einem durch die Prinzipale — welche die Bundesführer immer als ihre Briefträger und Handlanger betrachten — den Nichtverbandsgehilfen Nordwestdeutschlands“ überänderten Flugblatte des Bundes zu lesen ist. Danach wurden die Kollegen aufgefordert, einen Vertreter zu wählen, von dem sie wissen, „daß die Interessen der Gehilfen zwar mit allem Nachdruck vertritt, aber die Anwendung der äußersten Mittel doch erst in Frage stellt, wenn die unabwendbare Notwendigkeit dazu vorliegt“. Mit solchen Phrasen ohrfeigen sich dann die Bundesgrößen sofort selber; in dem Ansprechen, welches mit dem für die Gehilfen bestimmten Flugblatt an die Prinzipale verhandelt ist, heißt es wörtlich: „Unter der Voraussetz, daß auch Sie . . . von der friedlichen Tendenz unsererseits überzeugt sind und unsere Kandidaten uns hierfür Gewähr bieten, bitten wir noch besonders eventuell darauf hinzuwirken, daß auch Ihre Gehilfen von dem Wahlrechte Gebrauch machen. Ihnen im voraus unsern Dank für Ihre gütige Uebermittlung aussprechend, zeichnet usw.“ Welchen Eindruck die Bundeshäupter mit ihrer verächtlichen „Taktik“ bei den Nichtverbandskollegen erzielt haben, das können unsere Leser an dem in der heutigen Nummer veröffentlichten Wahlergebnisse beurteilen. Der G.-V. hat wieder einmal eine „Kraftprobe“ angestellt und zog sich bei ihr trotz Aufwendung aller ihm eigentümlichen Hilfsmittel mit Anrechnung der zwei früheren „Durchfälle“ in Berlin die dritte Wahlblamage zu.

Die Fraktion Hirsch-Dunder ist immer rask bemüht, gewisse Vorkommnisse in angelegenen Berufsorganisationen, die den Anschein erwecken können, als befolgte man ihre Lehren, zur Krücke für ihr sieches Dasein auszunutzen. Seit Jahrzehnten phantasieren die auch-Gewerkvereiner von „Einigungsämtern“, die sie aber, weil ihre „Organisation“ es ängstlich vermeidet, in etnen Lohnsonstigt zu geraten, niemals nötig haben. Daß die Buchdrucker jetzt das Einigungsamt zur Wahlauschreibung schließlich acceptiert haben, dient ihnen wieder zum Röder für ihre nie in die Praxis tretenden „Prinzipien“. Der „Gewerkverein“, ihr Vereinsdiab, glaubt den höchsten Triumph dadurch zu feiern, daß er konstatiert, die Corr.-Leitung sei wieder auf den „bewährten Boden“ des Einigungsamtes zurückgekommen. In der Aufmerksamkeit gehört dem Gew. wahrlich eine schlechte Jenur. Weder der Corr. noch seine Leser haben je die Vereinbarung verworfen, so lange sie gelang. Die Tarifkommission mußte seiner Zeit aufgelöst werden, weil deren Prinzipalsmitglieder den Gehilfen keine Zugeständnisse machen, man applletierte hierauf an die einzelnen Prinzipale und trat, wo man auch bei diesen kein Gehör fand, notgedrungen in den Streik. Jetzt verhandelt man wieder per Ausschuß. Der Gew. hat geschlafen, sonst wüßte er, daß dies seit 1892 schon mehrfach erprobt wurde. Man geht wieder den Instanzweg. Wollen ja sehen, ob diesmal die „Einigung“ besser gelingt. Gelingt sie, so möge der Gew. jubeln, jetzt ist es doch noch etwas zu früh dazu. Von der Bewegung des prinzipalsseitigt vorgeschlagenen öffentlichen Einigungsamtes aber wollte gerade derjenige Kollege in der Konferenz nichts wissen, dem sich der Gewerks. so wiederlich als Schneidler aufdrängt, ihn damit schlechterdings kompromittierend.

In der Vertsholchen Gehelei in Berlin wurde die neunstündige Arbeitszeit, wie in der letzten Geheleversammlung mitgeteilt werden konnte, den Messingarbeitern seit kurzem ebenso bewilligt wie schon früher dem übrigen Personal.

Der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen zahlte im Jahr 1895 an Arbeitslosenunterstützung 10366, an Arbeitslose auf der Reise 414, an vorübergehend Erwerbsunfähige 13393,50, an Ehefrauen verstorbenen Mitglieder 8900, an Begräbnisgeldern für verstorbene Ehefrauen von Mitgliedern 800, an Extrainterrückstellungen 1340 M. (darunter 1000 M. für streikende Maurer). Weiter waren zu zahlen die Beiträge für Arbeitslose im Betrage von 1635,50 M. und 1455,20 M. an dieselben gelegentlich des Stifftungs-, Johannits- und Weihnachtstfestes und der Waifeier. Die Summe der Ausgaben betrug 61682,20 M., die der Einnahmen 64467,67 M. Vermögen am Jahreschlusse 58544,25 M. Die Bibliothek zählt 3029 Bände. — Aus Mitteln des Verbandes wurden in Leipzig fernernest folgende Unterstützungen gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 19454, Unterstüzung nach § 2 des Arbeitslosen-Reglements 4694, Reiseunterstützung 5498,45, Unterstüzung an vorübergehend Erwerbsunfähige 41136,80, an dauernd Erwerbs-

unfähige 3418, an Begräbnisgeldern 1950 M., aus der Zentral-Invalidentasse in Liq. 17124 M. Unterstüzung und 700 M. Begräbnisgeldern. — Mitgliederzahl Ende 1894: 1699, Zugang 606, Abgang 476, Ende 1895 Bestand 1829. Die Mitglieder verbrachten 5907 Wochen arbeitslos und 3813 Wochen frant.

Ein Beispiel der traurigen Erscheinung, daß Arbeiter von Arbeitern gemagtregelt werden, liegt in der Druckerlei von Weichert in Berlin vor. Der Maschinenmeister W. Kohl entließ eine seit fünf Jahren in dem Geschäft thätige Angelerntin sofort, weil sie versuchte, einige Agitationszirkulare des Hilfsarbeiterinnenvereins an ihre Nebenkolleginnen zu verteilen. Der Chef beauftragte auf Vorstellung die rigorose Maßregel seines Druckers. Dem selbstredend dem Verbands fernstehenden K. dürften, wenn er mit organisierten Arbeiterinnen zu thun hätte, die ihm die nötige Quittung erteilten, seine unehöhen Klären vergehen, die große Anzahl der im Geschäft arbeitenden Frauen steht aber ihrer Organisation fern und muß sich darum die Beschränkung der persönlichen Freiheit gefallen lassen. Die jetzige Maßregelung weckt sie hoffentlich durch Eintritt in den Verein zur Wahrung ihrer Menschenrechte auf.

Der Rebatteur der Saale-Zeitung ist eingestreckt worden, weil er sich weigerte, die Quelle der von ihm seiner Zeit veröffentlichten Auszüge aus den Entwürfen verschiedener Reichstags zu nennen. Falls waren die Mitteilungen nicht und ein Unglück ist daraus, daß sie einige Wochen früher an das Tageslicht kamen als beabsichtigt war, auch nicht entstanden.

Arbeiterbewegung.

Wegen nicht bemittelter Lohnforderung legte in Berlin ein Teil der Arbeiter einer Zutespinnerei die Arbeit nieder, der andere konnte nicht weiter arbeiten und so fielen 1000 Mann. Die Lohnifferenzen in der Hamburger Schuhfabrik von Michaelis endeten durch Vergleich. Die Tischler in Oldenburg sezten die Arbeitszeitverfürzung von 10 1/2 auf 10 Stunden durch. Auf Korderney streikten die Maurer wegen Maßregelung einiger Kollegen, in Bielefeld 900 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Weberei, weil die ihnen bewilligte Lohn-erhöhung zu gering war, in Köln die Stuktureure in die schriftliche Anerkennung des Tarifs. Auch in der Schuhfabrik von Eichbaum & Co. in Mainz ist wieder einmal ein Ausstand zu verzeichnen. Der Streik im Siegerland endete nach kurzer Dauer mit einem die Bergarbeiter befrriedigenden Resultat. Auch den streikenden Stuhlarbeitern in Dresden gelang es, die angebrochte Lohnreduktion zurückzuschlagen. Die Bewegung der Textilarbeiter in Mülhausen hat sich auf die benachbarten Orte Thann und Brühl ausgebreitet, wohin sofort Militär kommandiert wurde. In ersterer Stadt sind noch 90 Arbeiter einer Teigwarenfabrik und die Waler in den Ausstand getreten.

Briefkasten.

K. in Berlin: Siehe Kundschau. Die übrigen Mitteilungen teils schon bekannt, teils ungeeignet. — G. in Kiel: Wiesen sie an. Nicht zu erfahren. — K. in Stuttgart: Ungewiß, 6000 bis 6000. — B. u. Gen. in Hamburg: Entschuldig, da dortige Genehmigung verweigert, J.-B. überwiesen. — M. in Ravensburg: Nicht angängig. — B. in N.-M.: Vorstand zugest. — F. in Raumburg: Es wird als ein Versehen bezeichnet.

Verbandsnachrichten.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Mittwoch den 1. April, abends präzis 9 Uhr: Vereinsversammlung im Louisenstädtischen Kongresshaus, Alte Jakobstr. 37. T.-O.: 1. Vereinskommittungen. 2. Beratung über die von setten des Vorstandes gestellten Anträge zur Tarifveränderung (siehe Mitteilungen). 3. Wahl eines Vertreters zu dem am 4., 5. und 6. Mai d. J. in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskongresse. 4. Antrag des Vorstandes: „Den streikenden Textilarbeitern in Kotibus und den an Holzbearbeitungsmaschinen ausstehenden Arbeitern Berlins je 500 M. zu bewilligen.“ 5. Abrechnung vom Rastentalle. 6. Fragelasten.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona. Sonntag den 29. März, vorm. 11 1/2 Uhr, bei Lütze, Valentinskamp: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vereinskommittungen; 2. Unfre Tage am Orte; 3. Gewerkschaftskongress.

Augsburg. Bei der Delegiertenwahl zum Gau-tag entsielen von 246 gültigen Stimmzetteln auf: Doppler 143, Kahle 116, Faur 108, Kollwagen 76, Blöchlinger 70, Fieschut 62. Die erleren 4 sind als Delegierte gewählt, die 5 den letzten Erschleute.

Hamburg. Der Konditionsannahme am hiesigen Orte sind unter allen Umständen erst Erkundigungen bei H. Demuth, Poolstraße 9, I, einzuziehen.

Hirschberg i. Schl. Die Druckerlei des hiesigen Generalanzlegers (F. Schmidt) ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Udenstedt i. W. Bei Konditionsannahme nach hier wolle man sich des Minimums (20,50 M.) vergewissern. Auskunft erteilt der Vertrauensmann Heinz Janßen, Stabergerstraße 6.

— Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des Sezers Robert Bosbach aus Barmen umgehend an den Vertrauensmann Heinz Janßen, Stabergerstraße 6, einzufenden.

